



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28. März 2022 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat ein GLP-Postulat aus dem Jahr 2017 zum Thema «Start-up-Wirtschaftsregion Zürich» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([5575](#)). Der Ergänzungsbericht, der nach einer ersten Antwort zusätzlich verlangt wurde, wurde im Rat positiv aufgenommen. Er wurde unter anderem als fundiert, umfassend und ergiebig gelobt.

Der Kantonsrat hat die Antwort des Regierungsrates auf eine SVP-Interpellation zur Kenntnis genommen, in der es um den revidierten Normalarbeitsvertrag für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer ging ([KR-Nr. 157/2020](#)).

Der Tourismus in Zürich soll nachhaltiger ausgerichtet werden. Der Kantonsrat hat mit 122 zu 44 Stimmen ein entsprechendes Postulat von GLP und SP überwiesen ([KR-Nr. 272/2020](#)). Der Regierungsrat soll einen Bericht zum Thema «Nachhaltigkeit im Tourismus» erstellen und beim Verein Zürich Tourismus ein Nachhaltigkeits-Konzept mit verbindlich festgelegten Kriterien einfordern.

Der Kantonsrat hat das FDP-Postulat «Private schaffen Arbeitsplätze» mit 94 zu 71 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 317/2020](#)).

Der Kantonsrat hat eine Motion von GLP, SP, Grünen, EVP und AL zur Behebung von Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur gegen den Antrag des Regierungsrates mit 86 zu 80 Stimmen überwiesen ([KR-Nr. 364/2020](#)). Der Regierungsrat soll gesetzliche Anpassungen vorlegen, damit jährlich rund 30 Millionen Franken zur Verfügung stehen, um 1200 Schwachstellen im Velowegnetz bis 2050 auszumerzen.

Der Kantonsrat hat eine Motion von GLP, SP, Grünen, EVP und AL zum Thema Velowege gegen den Antrag des Regierungsrates mit 85 zu 79 Stimmen überwiesen. Der Regierungsrat soll gesetzliche Anpassungen vorlegen, damit Strassenprojekte systematisch in Abstimmung mit dem Velonetzplan umgesetzt werden sollen ([KR-Nr. 365/2020](#)).

Mit 86 zu 79 Stimmen hat der Kantonsrat eine Motion von GLP und SP mit dem Titel «Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen» überwiesen ([KR-Nr. 458/2020](#)). Frauen, die in Privathaushalten während einer Woche rund um die Uhr eine betagte oder kranke Person betreuen und sich oft auch um den Haushalt kümmern, sollen besser vor Ausbeutung geschützt werden.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28. März 2022 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat ein dringliches SVP-Postulat betreffend Analyse und Berichterstattung über die Anwendung der Härtefallklausel im Kanton Zürich ohne Gegenantrag abgeschlossen. ([5766](#)).

Der Kantonsrat hat eine Motion mit 82 zu 78 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, mit der eine Öffentlichkeitsbeauftragte oder ein Öffentlichkeitsbeauftragter für den Kanton Zürich gefordert wird ([KR-Nr. 23/2019](#)). Die Motionärinnen von AL und Grüne versprechen sich davon eine grössere Transparenz und Nachvollziehbarkeit des staatlichen Handelns.

Der Kantonsrat hat ohne Diskussion eine Motion von GLP, Grünen und FDP an den Regierungsrat überwiesen, mit der eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Gemeinden im Gesundheitsbereich gefordert wird ([KR-Nr. 33/2019](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von SP, Grünen und EVP mit 97 zu 52 Stimmen abgelehnt, mit dem ein Vergleichsdienst über familienfreundliche Arbeitgeber gefordert wurde. ([KR-Nr. 93/2019](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative (PI) von Grünen, SP, GLP, EVP und AL mit 95 Stimmen vorläufig unterstützt, mit der förderliche Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien geschaffen werden sollen. Eine PI benötigt mindestens 60 Stimmen, um vorläufig unterstützt zu werden. ([KR-Nr. 255/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine PI von SVP und EDU abgelehnt, mit der die Benennung und Umbenennung von öffentlichen Strassen, Plätzen, Brücken und Gebäuden dem fakultativen Referendum hätte unterstellt werden sollen ([KR-Nr. 256/2021](#)). Eine PI benötigt mindestens 60 Stimmen, um vorläufig unterstützt zu werden. Für die PI sprachen sich lediglich 42 Ratsmitglieder aus.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative des parteilosen Kantonsrates Urs Hans abgelehnt, mit der die Aufhebung aller Corona-Massnahmen gefordert wurde ([KR-Nr. 257/2021](#)). Eine PI benötigt mindestens 60 Stimmen, um vorläufig unterstützt zu werden. Für die PI sprach sich aber lediglich der Postulant aus.

Der Kantonsrat hat eine PI von Grünen und EVP mit 53 Stimmen abgelehnt, mit der ein Zuschlag auf die Netznutzung zur Förderung der erneuerbaren Energien gefordert wurde. ([KR-Nr. 258/2021](#)). Eine PI benötigt mindestens 60 Stimmen, um vorläufig unterstützt zu werden.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative des parteilosen Kantonsrates Urs Hans abgelehnt, mit der ein Stopp von Corona-Impfungen gefordert wurde ([KR-Nr. 283/2021](#)). Eine PI benötigt mindestens 60 Stimmen, um vorläufig unterstützt zu werden. Für die PI sprachen sich lediglich 2 Ratsmitglieder aus.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative des parteilosen Kantonsrates Urs Hans abgelehnt, mit der ein Verbot von PCR-Test zu diagnostischen Zwecken gefordert wurde ([KR-Nr. 301/2021](#)). Eine PI benötigt mindestens 60 Stimmen, um vorläufig unterstützt zu werden. Für die PI sprach sich lediglich ein Ratsmitglied aus.

(sda)